



Beiratssitzung am 08.09.2015

Frankfurt am Main

Erklärung der IG Metall:

**Für eine solidarische und nachhaltige
Flüchtlingspolitik**

Für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlingspolitik

Deutschland steht angesichts steigender Flüchtlingszahlen vor einer enormen Herausforderung, deren Bewältigung nicht weniger als einer „nationalen Kraftanstrengung“ (Merkel) bedarf. Politik und Zivilgesellschaft sind dabei, sich auf diese Herausforderungen einzustellen und bringen erste Maßnahmen auf den Weg.

Die IG Metall ruft ihre Mitglieder und die Belegschaften in ihrem Organisationsbereich zu Solidarität mit Flüchtlingen und allen gesellschaftlichen Kräften auf, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und ihre Integration in unsere Gesellschaft einsetzen. Die IG Metall verurteilt jede Gewalt gegenüber Flüchtlingen auf das Schärfste. Der Rechtsstaat muss die Gewalttäter konsequent verfolgen und bestrafen.

1. Krisen in der Welt – Große Herausforderungen für Europa

Weltweit sind zurzeit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Hunger und Krieg. Ursächlich dafür sind insbesondere internationale Krisen und Staatsversagen. Angesichts der Schwere der jeweiligen Konflikte ist eine kurzfristige Lösung in den betroffenen Gebieten nicht erkennbar, gleichwohl gilt es, diese Ursachen direkt zu bekämpfen. Von den vielen weltweiten Flüchtlingsströmen kommt nur ein Bruchteil nach Europa. Dennoch steigt die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland Schutz, Zuflucht und Perspektiven suchen, kontinuierlich an. Die aktuelle Prognose der Bundesregierung geht für die Bundesrepublik von bis zu 800.000 Flüchtlingen für dieses Jahr aus. Dies wäre der höchste Stand seit 1990.

In den Kommunen spitzen sich die Probleme zu. Sie müssen binnen kürzester Zeit Unterkünfte, Versorgung und Betreuung sicherstellen. Trotz aller damit verbundenen gravierenden Probleme tun sie dies mit großem Engagement, um eine schnelle und gute Aufnahme zu ermöglichen. Doch wie schwer dies häufig ist, zeigt sich daran, dass Zelte, Turnhallen und Notunterkünfte immer stärker das öffentliche Bild prägen. Dabei entstehen viele neue Probleme, für die umsichtige und pragmatische Lösungen gefunden werden müssen.

Das Thema polarisiert die Gesellschaft. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist dafür, die Flüchtlinge aufzunehmen, was sich in einer großen Hilfsbereitschaft äußert. Die politische Debatte ist emotional, die Medien berichten überwiegend empathisch und wohlwollend. Gleichzeitig kommt es fast täglich zu Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge. Rechtsradikale und Rechtspopulisten instrumentalisieren die Not der Flüchtlinge und die Schwachstellen der europäischen Politik für ihre Ziele.

2. Eckpunkte einer solidarischen Flüchtlingspolitik

Die Debatte über den „richtigen Umgang“ mit den Flüchtlingen läuft in Europa und in Deutschland derzeit auf Hochtouren, wenn auch viel zu spät angesichts der seit Jahren erkennbaren Entwicklung wachsender Flüchtlingsströme. Die IG Metall engagiert sich für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die sich an den folgenden Eckpfeilern orientiert:

Europäische Lösungen: Wir brauchen eine faire und solidarische europäische Migrations- und Zuwanderungspolitik. Wichtig ist, neben einer gerechten Aufteilung der Belastung auf die europäischen Staaten, eine Praxis EU-einheitlicher

menschenwürdiger Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches und effektives Einreiseverfahren. Dazu gehört vor allem die verbesserte Registrierung und Betreuung der Flüchtlinge und zwar bereits dort, wo sie europäischen Boden betreten. Der Versuch, nach Europa oder innerhalb Europas in die Länder ihrer Wahl zu gelangen, darf keinem Menschen das Leben kosten. Dies ist die humanitäre Verpflichtung der EU. Die bestehende und schon teilweise außer Kraft gesetzte Dublin-Regelung, die vorsieht, dass die Länder des „Erstkontakts“ für das Asylverfahren zuständig sind, sollte grundsätzlich überprüft werden. Die teilweise sehr lange Verfahrensdauer muss verkürzt und es müssen rechtstaatliche Standards im Asylverfahren garantiert werden. Die Benennung von Ländern als sicheres Herkunftsland darf den Grundrechtsanspruch auf Asyl nicht gefährden und die Rechtssicherheit für die Betroffenen aushebeln. Die EU muss sich als eine Wertegemeinschaft beweisen und auf die Einhaltung der EU-Grundrechtecharta drängen.

Kommunen stärken: Die Kommunen sind mit der Herausforderung konfrontiert, in kürzester Zeit menschenwürdige Unterkünfte aufzubauen. Der bevorstehende Winter erfordert, dies schnell und so unbürokratisch wie möglich zu tun. Insbesondere die planungs- und baurechtlichen Anforderungen an die Errichtung von Unterkünften sollen möglichst pragmatisch umgesetzt werden. Provisorien gilt es auf längere Sicht abzubauen, die Unterbringung in Sammelunterkünften und -lagern sollte so kurz wie möglich dauern. Die finanzielle Ausstattung der Kommunen muss auf Grundlage der Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 6.

September weiterentwickelt werden um eine dauerhafte und maßgebliche Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zu ermöglichen. Versäumnisse im Bereich des sozialen Wohnungsbaus in Form unzureichenden bezahlbaren Wohnraums machen sich gegenwärtig bitter bemerkbar. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle, die darauf angewiesen sind, muss durch ein Sofortprogramm vorangetrieben werden. Dies ist ein Gebot der Stunde!

Viele Schulen stehen vor der großen Herausforderung, unvorbereitet und ohne entsprechende personelle und materielle Ausstattung, Flüchtlingskinder zu unterrichten und zu betreuen. Aussetzung der Schulpflicht ist keine Lösung! Stattdessen brauchen die Schulen schnell zusätzliche Mittel, damit sie diese Aufgabe bewältigen können.

Gesundheitliche Versorgung und gute Betreuung garantieren:

Viele Flüchtlinge haben körperliche und seelische Verletzungen. Neben medizinischer Behandlung benötigen sie auch eine gute individuelle Betreuung. Ein sinnvolles Instrument, um den Zugang zu medizinischer Versorgung zu verbessern, ist die Gesundheitskarte. Die Flüchtlinge brauchen aktive Unterstützung und sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten. Hier gibt es auch Raum für zivilgesellschaftliches Engagement, für alltagsweltliche Begegnungen, gemeinsame Aktivitäten wie Sport, gemeinsames Spielen oder Musik. Die Ermöglichung solcher Kontakte ist ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Sprachkenntnis verbessern, Sprachpraxis fördern: Die Sprache ist der zentrale Schlüssel für die Integration in die

Gesellschaft. Flüchtlinge müssen von Anfang an die Möglichkeit haben an Sprachkursen teilzunehmen. Wir wollen nicht, dass sprachunkundige als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und zu Niedriglöhnen beschäftigt werden können. Deshalb muss das Sprachkursangebot deutlich ausgebaut werden. Neben Sprachkursen spielt hier vor allem der soziale Kontakt eine entscheidende Rolle.

Zugang zum Arbeitsmarkt: Flüchtlinge brauchen einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür ist unter anderem ein pragmatischer Umgang mit der Vorrangprüfung erforderlich, der zum Teil schon erfolgt. Zudem bedarf es eines Zugangs zu arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten sowie zu berufsbezogenem Sprachunterricht. Flüchtlinge müssen bei der Anerkennung ihrer Berufs- und Bildungsabschlüsse unterstützt werden. Bei der Ausbildung sollte von Anfang an ein gesicherter Aufenthalt für die gesamte Ausbildungszeit gewährleistet sein. Ferner sollte der gesicherte Aufenthalt nach erfolgreichem Abschluss fortbestehen, damit auch diejenigen die Möglichkeit haben einen Arbeitsplatz zu finden, die nicht direkt vom Ausbildungsbetrieb übernommen werden. Das Höchstalter für junge Menschen, die wegen ihres Ausbildungsverhältnisses eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, von derzeit 21 Jahren sollte aufgehoben werden. Unabhängig davon brauchen wir neben dem Asylrecht belastbare Zuwanderungsmöglichkeiten auf den Arbeitsmarkt, über die bereits nachgedacht wird (Einwanderungsgesetz, Kontingentzuwanderung).

Besondere Verantwortung der Arbeitgeber: Die Arbeitgeber tragen in der gegenwärtigen Situation ebenfalls Verantwortung.

Dazu gehört das konsequente Vorgehen gegen jegliche Formen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Betrieb. Besonders wichtig ist es, Ausbildungsplätze bereit zu stellen und Flüchtlinge mit nicht anerkannten Berufsabschlüssen dabei zu unterstützen, einen anerkannten Berufsabschluss zu erwerben.

Flüchtlinge dürften nicht dazu instrumentalisiert werden, bestehende soziale Schutz- und Gestaltungsregelungen in unserer Arbeits- und Sozialordnung abzubauen. Die BA muss auch künftig die Einhaltung der zutreffenden Tarifverträge überprüfen. Die geplante Aufhebung des Leiharbeitsverbots für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten ist das falsche Signal, weil damit neue Missbrauchsmöglichkeiten entstehen können.

Die Leitlinie muss sein, Perspektiven und Sicherheit am Arbeitsmarkt für alle zu schaffen. Verdrängungen und den Abbau bestehender Standards darf es nicht geben! Hier bedarf es wirksamer Kontrollen am Arbeitsmarkt durch die zuständigen Institutionen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) muss frühzeitig in das Aufnahmeverfahren eingebunden werden, um die vorhandenen Qualifikationen der Asylbewerber zu identifizieren. Deshalb sollte die BA bereits in der Erstaufnahmestelle mitwirken. Dadurch könnte für die Unternehmen eine solide Basis geschaffen werden, um auszubilden bzw. Qualifikationsmaßnahmen einzuleiten. Auf jeden Fall geht es darum, die notwendigen persönlichen Voraussetzungen bei den einzelnen Menschen zu verbessern, die arbeiten wollen. Dafür sind deutlich mehr finanzielle Mittel sowie mehr Personal auf Seiten der BA erforderlich. Zudem entlastet eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt das Sozialsystem auf mittlere und lange Sicht erheblich.

3. Die IG Metall handelt jetzt

Der Umgang mit Flüchtlingen wird zu einem Prüfstein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie. Die Politik hat mittlerweile mit mehreren Maßnahmenpaketen auf die große Herausforderung reagiert. Ob dies hinreichend ist, wird sich vor allem daran zeigen, ob die Umsetzung vor Ort gelingt und die Gesellschaft dies akzeptiert. Wir werden uns daran beteiligen, diese Anstrengungen zu verstetigen und eine solidarische Flüchtlingspolitik mit zu gestalten. Denn vor dem Hintergrund der aktuellen Kriege und Krisen wird die Zahl der Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben zu uns kommen, in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht zurückgehen, sondern gleichbleiben, wenn nicht sogar weiter steigen.

Wir müssen deshalb gemeinsam die emotionalen, kulturellen, gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen dafür schaffen, diese Menschen aufzunehmen und sie so schnell und so gut wie möglich zu integrieren. In allererster Linie geht es dabei um die angemessene Unterbringung und Betreuung. Darüber hinaus haben gesundheitliche (Erst-) Versorgung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Integration in den Arbeitsmarkt die höchste Priorität.

Die IG Metall wird sich daran mit allen Kräften beteiligen. Deshalb bringen wir die folgenden Sofortmaßnahmen auf den Weg:

- Die IG Metall wird ihren gesellschaftlichen Einfluss geltend machen und für eine solidarische Flüchtlingspolitik eintreten und werben. Hierfür stehen bereits jetzt umfangreiche Vorarbeiten und

Material zur Verfügung, die von den Verwaltungsstellen genutzt werden können.

- Die IG Metall stellt ihren örtlichen Gliederungen insgesamt 500.000 Euro zur Verfügung. Sie erwartet, dass die Ortsvorstände damit lokale Aktivitäten zugunsten von Flüchtlingen unterstützen sowie in die Wege leiten.

- Die IG Metall fordert ihre Mitglieder, Betriebsräte, Vertrauensleute und Jungendausbildungsvertretungen dazu auf, sich für eine solidarische Integration in den Arbeitsmarkt einzusetzen.

- Vor Ort wird die IG Metall die solidarische Integration von Flüchtlingen durch Patenschaften oder Mentoring-Programme voranbringen.

Für die IG Metall ist klar: Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, allen Menschen, die aus Angst um Leben und Gesundheit bei uns Schutz suchen eine Perspektive zu geben. Wir werden nicht zulassen, dass die Flüchtlinge dafür instrumentalisiert werden, um bestehende soziale Schutz- und Gestaltungsgrade in unserer Arbeits- und Sozialordnung abzubauen. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit! Das sind unsere Werte seit nunmehr 125 Jahren. Aus diesen Werten resultiert die Haltung des Respekts, der Anerkennung und Würde gegenüber Fremden, die vielleicht morgen Mitbürger und Kollegen sein werden! In dieser Tradition werden wir unseren Beitrag leisten und uns für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlings- und Integrationspolitik einsetzen.